



GESUNDHEIT VOR SCHULDENDIENST

Die globale Corona- und Schuldenkrise

Im April 2020 ist geschehen, was seit 15 Jahren trotz zivilgesellschaftlichen Drucks nicht möglich war: Die Mächtigen dieser Welt haben sich innerhalb weniger Wochen auf schuldenleichternde Maßnahmen für eine ganze Gruppe von Ländern geeinigt. Das soll diese dabei unterstützen, die Folgen der COVID-19-Pandemie zu bekämpfen. Dazu zählt zum einen das Angebot der G20 an 73 ärmere Länder, ihren Schuldendienst an die G20-Mitglieder bis Ende 2020 aussetzen zu können, zum anderen ein Erlass des Schuldendienstes an den Internationalen Währungsfonds (IWF) für die 25 ärmsten Länder. Allerdings steckt der Teufel dabei im Detail.



Alice Pasqual/Unsplash

Entschuldung als sinnvolles Instrument zur Krisenbewältigung hat in der öffentlichen Diskussion plötzlich Hochkonjunktur. Zu Recht, denn auch wenn die Pandemie die ganze Welt getroffen hat, sind Entwicklungs- und Schwellenländer überproportional von der durch das Coronavirus ausgelösten globalen Rezession betroffen. Durch die Verlangsamung von weltweiten Lieferketten, den Stillstand des Tourismus und die sinkende Nachfrage nach Rohstoffexportprodukten gehen Staatseinnahmen zurück und das Wirtschaftswachstum bricht ein. Geldüberweisung von ArbeitsmigrantInnen in ihre Herkunftsländer, in vielen ärmeren Staaten eine wichtige Devisenquelle, gehen wegen steigender Arbeitslosigkeit zurück. Gleichzeitig steigt die Belastung durch die Verschuldung.

Pandemie verschärft Schuldendilemma

Schon vor der Corona-Krise steckte die Weltgemeinschaft in den Anfängen einer globalen Schuldenkrise: Nach Analysen von erlassjahr.de und dem Bischöflichen Hilfswerk Misereor waren Ende 2019 124 Entwicklungs- und Schwellenländer in einer kritischen Schuldensituation, 19 Länder waren bereits zahlungsunfähig. Das war die Ausgangslage, als sich Anfang dieses Jahres die Corona-Pandemie ausbreitete. IWF und Weltbank beschreiben die dadurch ausgelöste Rezession als „Krise wie keine andere“, viele ExpertInnen erwarten 2020 und 2021 massenhaft Staatspleiten.

Die Vereinten Nationen schätzen, dass Entwicklungsländer kurzfristig vor einer Finanzierungslücke in Höhe von 2,5 Billionen US-Dollar stehen. Während reiche Länder die

Folgen der Pandemie für die heimische Wirtschaft durch fiskalische und geldpolitische Maßnahmen in Billionenhöhe abfedern können, fehlt Entwicklungsländern dieser Spielraum. Schon vor Corona haben viele ärmere, kritisch verschuldete Staaten mehr für die Tilgung und Verzinsung öffentlicher Schulden ausgegeben als für die öffentliche Gesundheitsvorsorge im eigenen Land. Geld, das nun für die akute Bekämpfung der Pandemie und den Ausbau von Gesundheitsdiensten und sozialen Sicherungsleistungen fehlt. Anders als reiche Länder mit starken Währungen (wie Euro oder US-Dollar) können ärmere Länder mit schwachen Währungen nicht im gleichen Maße expansive Geldpolitik betreiben. Insbesondere ihre Schulden müssen sie in Hartwährungen bedienen. Daher sind sie von externen Finanzierungen besonders abhängig, deren Verfügbarkeit sie nicht kontrollieren können.

Diese sind seit Ausbruch der Pandemie knapp: Private Investoren zogen in den ersten drei Monaten des Jahres Kapital in Höhe von knapp 100 Milliarden US-Dollar aus Entwicklungs- und Schwellenländern ab, der globale Finanzmarkt war kurzzeitig für Entwicklungsländer praktisch nicht mehr zugänglich.

Schuldenerlass – aufgeschoben ist nicht aufgehoben

In diesem Kontext ist die Entscheidung der G20 und des IWF, durch Schuldenerleichterungen bereits vorhandenes Geld einfach im Land zu lassen, von großer Bedeutung. Die im März und April beschlossenen Maßnahmen können ins-

gesamt zwölf Milliarden US-Dollar freimachen. Doch der Teufel steckt im Detail. Die G20-Mitglieder streichen den Schuldendienst nicht etwa, sondern verschieben die Rückzahlung nur in die nahe Zukunft. Wenn die verschobenen Zahlungen an die G20 zwischen 2022 und 2024 fällig werden, müssen die 73 Empfängerländer bereits 115 Milliarden US-Dollar an Schuldendienst leisten.

Im Gegensatz zu den G20 streicht der IWF zwar den Schuldendienst, aber er berücksichtigt nur die 25 ärmsten Länder. Damit beläuft sich der IWF-Erlass gerade mal auf 215 Millionen US-Dollar, weniger als ein Prozent der Summe, die von den Vereinten Nationen für nötig erachtet wird. Zudem sind sowohl beim IWF als auch beim G20-Schuldenmoratorium viele bedürftige Staaten, die nicht zu den ärmsten Ländern zählen, von den Maßnahmen ausgeschlossen.

Auch der Privatsektor ist ein Problem. Er hat zwar auf Bitten der G20 hin bekräftigt, sich von Fall zu Fall einzubringen, bislang wurde jedoch von dieser Seite kein einziger Schuldendollar gestrichen oder ausgesetzt. Damit besteht die Gefahr, dass die freiwerdenden Mittel nicht in Gesundheitssysteme, sondern in die Taschen privater Gläubiger fließen, die auf ihren Schuldendienst bestehen. Doch anstatt regulatorische Schritte zu gehen und private Gläubiger zur Beteiligung zu verpflichten, wird weiterhin hilflos an ihren guten Willen appelliert wie zuletzt beim Treffen der G20-FinanzministerInnen im Juli. Die Weltbank wiederum macht zwar große Worte, indem sie Schuldenerlasse von den G20 und den privaten Gläubigern fordert, nimmt sich selbst aber von den Entschuldungsbemühungen aus.

Die Corona-Pandemie offenbart damit eine schon lange bestehende strukturelle Unzulänglichkeit der globalen Finanzarchitektur: einen fehlenden rechtsstaatlichen und verlässlichen Rahmen zur Koordination aller Gläubiger. Schon in vergangenen Schuldenkrisen hat die Fragmentierung in verschiedene Verfahren, Regeln und Foren dazu geführt, dass Schuldenkrisen nicht gelöst, sondern teils über Jahrzehnte verschleppt wurden.

Umfassende Schuldenstreichungen retten Leben

Angesichts der gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und der schon zuvor dramatischen Schulden-situation ist davon auszugehen, dass ärmere Länder den Schuldendienst nur auf Kosten ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung wieder aufnehmen können. Aus diesem Grund forderte unter anderem der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed, den gesamten Schuldendienst zumindest solange auszusetzen, bis die Corona-Pandemie endgültig bewältigt ist, besser aber noch, echte Schuldenerlasse zu ermöglichen.

Damit Länder nicht gezwungen sind, zwischen der Bedienung des Schuldendienstes und dem Leben ihrer BürgerInnen entscheiden zu müssen, fordert die globale Entschuldungsbewegung zusammen mit vielen anderen Akteuren ein „Erlassjahr“: Der Schuldendienst darf nicht nur ausgesetzt, sondern die Zeit des G20-Schuldenmoratoriums muss genutzt werden, um die Schulden-tragfähigkeit neu zu bewerten und Schulden auf ein wirklich belastbares Maß zu streichen. Dabei müssen alle bedürftigen Entwick-

lungsländer – und nicht nur eine von den Gläubigern nach Einkommen willkürlich zusammengesetzte Gruppe – Zugang zu schuldenereichernden Maßnahmen erhalten. Alle Gläubiger inklusive der privaten müssen sich verbindlich beteiligen.

Schließlich müssen neben kurzfristigen Maßnahmen für die Schaffung fiskalischen Spielraums darüber hinausgehende Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass Millionen von Menschen ein verlorenes Entwicklungsjahrzehnt wie in den 1980er-Jahren erleben. Vor solchen drastischen Rückschritten in der Armutsbekämpfung warnt neben vielen anderen Akteuren sogar der IWF. Insbesondere die Verhandlungen über die Schaffung eines geordneten Staateninsolvenzverfahrens bei den Vereinten Nationen müssen wieder aufgenommen werden. Letzteres forderten schon vor der Corona-Pandemie einige Entwicklungsländer, etwa der Botschafter Malawis Perks M. Ligoya für die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder in den Vereinten Nationen.

Hinreichende politische Schritte bleiben aus

Nicht viel deutet darauf hin, dass die FinanzministerInnen der reichen Länder entschlossen die nötigen Schritte gehen. Bei ihrem virtuellen Treffen im Juli diskutierten sie nur eine zeitliche Verlängerung des Schuldendienstmoratoriums, verschoben jedoch jegliche Entscheidungen auf ihr Treffen bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Oktober.

Eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für oder gegen weitergehende Schuldenerlasse werden die Analysen des IWF zur Entwicklung der Weltwirtschaft und Verschuldung in einzelnen Ländern spielen. Auch wenn die Chefin des IWF Kristalina Georgiewa zuletzt immer wieder die Notwendigkeit ambitionierterer Schuldenerlasse betonte, entzieht ihre Institution dieser Forderung in ihren Schulden-tragfähigkeitsanalysen den Boden. Der IWF geht in diesen Zukunftsprognosen davon aus, dass die Krise Anfang 2021 überstanden sei. Systematisch wird den meisten Ländern ein überkompensierendes Wirtschaftswachstum im selben Jahr vorhergesagt. Gleichzeitig wird die Rückkehr zu traditionellen fiskalischen Anpassungsmaßnahmen erwartet, um die Verschuldungsquote zu senken. Das würde bedeuten, dass weitergehende Schuldenerlassmaßnahmen unnötig sind. Die Länder könnten einfach aus ihrer Schuldenkrise herauswachsen und dafür den Gürtel noch etwas enger schnallen. Dabei deutet aktuell nicht viel darauf hin, dass die Krise mit dem Jahreswechsel überstanden ist. Tatsächlich hat der IWF seine globalen Wachstumsprognosen für 2020 bereits zweimal dramatisch herunterstufen müssen.

Sollten die G20 die vielen Forderungen nach ambitionierteren und der Krise angemessenen politischen Antworten weiter ignorieren, werden sie ein weiteres verlorenes Entwicklungsjahrzehnt verantworten müssen.



Kristina Rehbein

Die Autorin ist Politische Referentin beim deutschen Entschuldungsbündnis „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.“

RUNDBRIEF



Forum Umwelt und Entwicklung

3/2020



NO NEW NORMAL DIE WELT PROBT DEN AUSNAHMEZUSTAND

GESUNDHEIT VOR SCHULDENDIENST

Die globale Corona-
und Schuldenkrise

› Seite 2

ENDSTATION LIBERALISIERTE WELT

Treibt Corona die
Probleme des Welthandels
auf die Spitze?

› Seite 14

COVID-19 & DIE KRISEANFÄLLIGKEIT DES GLOBALEN ERNÄHRUNGSSYSTEMS

Chance für grundlegende
Veränderungen?

› Seite 17

UNTERBEZAHLT, UNPOPULÄR, WEIBLICH

In der Krise verhärten
sich Ungleichheiten

› Seite 29

ISSN 1864-0982